

10.052

Asylgesetz. Änderung Loi sur l'asile. Modification

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 26.05.10 (BBl 2010 4455)
 Message du Conseil fédéral 26.05.10 (FF 2010 4035)
 Zusatzbotschaft des Bundesrates 23.09.11 (BBl 2011 7325)
 Message complémentaire du Conseil fédéral 23.09.11 (FF 2011 6735)
 Ständerat/Conseil des Etats 12.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 13.06.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 13.06.12 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 14.06.12 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 11.09.12 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 12.09.12 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 17.09.12 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 24.09.12 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 25.09.12 (Differenzen – Divergences)
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 26.09.12
 Ständerat/Conseil des Etats 26.09.12 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 26.09.12 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 27.09.12 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)
 Nationalrat/Conseil national 27.09.12 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)
 Ständerat/Conseil des Etats 28.09.12 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Nationalrat/Conseil national 28.09.12 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Text des Erlasses 3 (AS 2012 5359)
 Texte de l'acte législatif 3 (RO 2012 5359)
 Nationalrat/Conseil national 03.12.12 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 10.12.12 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 14.12.12 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Nationalrat/Conseil national 14.12.12 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Text des Erlasses 1 (BBl 2012 9685)
 Texte de l'acte législatif 1 (FF 2012 8943)

1. Asylgesetz 1. Loi sur l'asile

Art. 8 Abs. 3bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
 (die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 8 al. 3bis

Proposition de la commission

... de collaborer ou ne se tient ...

Angenommen – Adopté

Art. 82 Abs. 1, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 82 al. 1, 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission: Die SPK hat an ihrer Sitzung vom 5. Dezember 2012 die fünf verbleibenden Differenzen im Asylgesetz behandelt. Die erste Differenz haben Sie bei Artikel 82 Absatz 1. Da können wir uns dem Nationalrat anschliessen. Da es hier um kantonales Recht geht, steht im geltenden Recht, dass solche Personen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden können. Es ist aber bereits heute Praxis, dass Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, denen eine Ausreisefrist gesetzt wird, keine Sozialhilfe, sondern nur noch Nothilfe ausbezahlt wird. So beantragt Ihnen die SPK, sich hier dem Nationalrat anzuschliessen.

Bei Artikel 82 Absatz 4 beantragt Ihnen die SPK ebenfalls, sich der Präzisierung anzuschliessen, die der Nationalrat beschlossen hat.

Angenommen – Adopté

Änderung bisherigen Rechts Modification du droit en vigueur

Ziff. 1 Art. 84

Antrag der Kommission

Abs. 4

... Ausreise, bei einem nichtbewilligten Auslandsaufenthalt von mehr als zwei Monaten oder bei Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung.

Abs. 5

Festhalten

Ch. 1 art. 84

Proposition de la commission

Al. 4

... la Suisse, séjourne plus de deux mois à l'étranger sans autorisation ou obtient une autorisation de séjour.

Al. 5

Maintenir

Abs. 4 – Al. 4

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission: Die nächste Differenz haben wir bei Artikel 84 Absatz 4. Die SPK beantragt Ihnen eine Änderung des Beschlusses des Nationalrates. In der am 1. Dezember 2012 in Kraft getretenen neuen Verordnung des Bundesrates über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen ist die Einschränkung der Reisefreiheit vorläufig Aufgenommener klar festgelegt worden: Sie können unter anderem bei schwerer Krankheit oder beim Tod von Familienangehörigen oder zur Erledigung von wichtigen und unaufschiebbaren höchstpersönlichen Angelegenheiten reisen. Sie brauchen dazu eine Bewilligung.

Deshalb beantragt Ihnen die SPK, die Gründe für das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme auf «nichtbewilligte» Auslandsaufenthalte von mehr als zwei Monaten zu beschränken. Die SPK beantragt Ihnen also, den letzten vom Nationalrat angeführten Grund zu streichen. Er lautet: «wenn in einem anderen Land ein Asylgesuch gestellt wird». Es bringt nichts, eine solche Bestimmung aufzunehmen. Wenn jemand, der vorläufig aufgenommen wurde, beispielsweise in Italien ein Gesuch stellt, wird er, gestützt auf das Dublin-Abkommen, wieder zurückspeidiert. Mit der vom Nationalrat beschlossenen Bestimmung würde die vorläufige Aufnahme in einem solchen Fall erlöschen, und man müsste mit dem Ganzen von vorne beginnen. Deshalb beantragen wir Ihnen eine gegenüber dem Beschluss des Nationalrates leicht gekürzte Version.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Der Bundesrat hat bereits letztes Mal ausgeführt, dass die Formulierung des Nationalrates problematisch ist. Erstens sieht der Nationalrat eine absolute Maximalgrenze von zwei Monaten auf Gesetzesstufe vor. Das heisst, das Bundesamt für Migration könnte im Einzelfall, wenn ein längerer Aufenthalt zum Beispiel aus humanitären Gründen notwendig wäre, diesen Aufenthalt nicht mehr bewilligen. Das ist aus Sicht des Bundesrates nicht sinnvoll. Den zweiten Punkt hat die Kommissionsprecherin im Zusammenhang mit dem Dublin-Abkommen erwähnt: Der Beschluss des Nationalrates würde nichts ändern, denn wenn in einem anderen Land ein Gesuch gestellt würde, käme das Gesuch aufgrund des Dublin-Abkommens wieder in die Schweiz zurück. Wir müssten das Asylgesuch also wiederaufnehmen. Auch hier ist der Beschluss des Nationalrates wenig hilfreich.

Deshalb kann sich der Bundesrat dem Vermittlungsvorschlag Ihrer Kommission anschliessen.

Angenommen – Adopté

Abs. 5 – Al. 5

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission: Bei Absatz 5 schlägt Ihnen die SPK mit 9 zu 2 Stimmen vor, an der Version des Ständerates festzuhalten.

Es gibt keinen Anspruch, dass die Aufenthaltsbewilligung für vorläufig Aufgenommene nach fünf Jahren erteilt wird. Es handelt sich hier um eine Prüfung, die dann in Gang gesetzt werden kann. Das wird heute getan, wenn entscheidende Faktoren stimmen. Das Mass der Integration muss erfüllt sein, die familiären Verhältnisse und die Zumutbarkeit einer Rückkehr ins Herkunftsland werden geprüft. Wir waren in der SPK klar der Meinung, dass sieben Jahre zu lange sind, und möchten an den fünf Jahren festhalten, wie wir es in der letzten Fassung mit grossem Mehr beschlossen haben.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Ich möchte noch Folgendes beifügen: Die Regelung mit einer vertieften Prüfung nach fünfjährigem Aufenthalt ist 2007 in Kraft getreten. Sie entsprach einem ausdrücklichen Wunsch der Kantone, und sie hat sich in der Praxis bewährt.

Ich möchte das betonen, was bereits die Kommissionssprecherin gesagt hat: Es besteht kein Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung. Die Kriterien zur Erteilung sind restriktiv: Es werden die finanziellen Verhältnisse angeschaut, die Integration, der Aufenthalt muss immer bekannt gewesen sein, es darf keine Straffälligkeit vorliegen. Die Feststellung, dass die heutige Ausgestaltung der vorläufigen Aufnahme Fragen aufwirft, ist aber schon richtig. Es gibt einen Zielkonflikt zwischen der Vorläufigkeit auf der einen Seite und der Integration auf der anderen Seite. Wir sind der Meinung, dass man diese Probleme im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Gesamtkonzepts angehen sollte. Es ist nicht zielführend, den Schwierigkeiten in diesem Bereich ausschliesslich mit punktuellen Verschärfungen zu begegnen.

Deshalb begrüssen wir den Entscheid Ihrer Kommission und unterstützen ihn.

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 85 Abs. 7

Antrag der Kommission
Festhalten

Ch. 1 art. 85 al. 7

Proposition de la commission
Maintenir

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission: Auch hier empfiehlt Ihnen die SPK mit 9 zu 2 Stimmen, an unserem Beschluss festzuhalten. Es geht um den Familiennachzug. Die Auflagen im geltenden Recht sind kumulativ zu erfüllen, es geht also um die engsten Familienmitglieder. Es handelt sich hier nur um Ehegatten; Kinder unter 18 Jahren können nachziehen, wenn sie zusammenwohnen können, wenn eine bedarfsgerechte Wohnung vorhanden ist und wenn keine Sozialhilfe beansprucht werden muss. Die SPK war der Meinung, dass die Familienzusammenführung ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Integration ist. Deshalb beantragen wir Ihnen, an unserem Beschluss festzuhalten.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Der Bundesrat unterstützt den Antrag Ihrer Kommission, an dieser Bestimmung festzuhalten. Die Kommissionssprecherin hat die Gründe ausgeführt.

Angenommen – Adopté

09.086

Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage

Loi sur la protection des marques. Modification et projet Swissness

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 18.11.09 (BBI 2009 8533)

Message du Conseil fédéral 18.11.09 (FF 2009 7711)

Nationalrat/Conseil national 15.03.12 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.03.12 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 10.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Präsident (Lombardi Filippo, Präsident): Wir sind in der Herbstsession auf die Vorlage eingetreten und haben das Geschäft an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, die eingereichten Anträge in der Kommission zu beraten.

Seydoux-Christe Anne (CE, JU), pour la commission: Etant donné que nous sommes déjà entrés en matière sur ce projet le 27 septembre dernier, je vous propose de passer à la discussion par article.

1. Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben

1. Loi fédérale sur la protection des marques et des indications de provenance

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung, Ersatz eines Ausdrucks; Ingress erstes Lemma

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule; ch. I introduction, remplacement d'un terme; préambule premier tiret

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 9 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Seydoux-Christe Anne (CE, JU), pour la commission: La loi prévoit la suppression de l'obligation imposée au titulaire de produire un document de priorité. Néanmoins, si un cas est peu clair, l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle peut exiger la remise d'un document de priorité.

Nous vous invitons à suivre cette proposition, conforme au projet du Conseil fédéral et à la décision du Conseil national.

Angenommen – Adopté

Art. 10 Abs. 3; 13 Abs. 2, 2bis; 17a Abs. 1; Gliederungstitel vor Art. 27a; Art. 27a–27e; 30 Abs. 2 Bst. e; 31 Abs. 1bis; 35 Titel, Bst. d, e; 35a–35c; 41 Abs. 4 Bst. e

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates